



# Regierungsrat des Kantons Uri

## Auszug aus dem Protokoll

3. März 2015

Nr. 2015-120 R-630-12 Kleine Anfrage Toni Gamma, Gurnellen, zur medizinischen und hausärztlichen Grundversorgung im Kanton Uri; Antwort des Regierungsrats

### I. Ausgangslage

Landrat Toni Gamma, Gurnellen, reichte am 13. Januar 2015 eine Kleine Anfrage zur medizinischen und hausärztlichen Grundversorgung im Kanton Uri ein. Seit Mai 2014 enthalte die Bundesverfassung (BV; SR 101) einen neuen Artikel zur Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung und zur Förderung der Hausarztmedizin (Art. 117a BV). Zudem hätten die bestehenden Urner Hausärztinnen und Hausärzte kaum mehr Kapazitäten für neue Patientinnen und Patienten. Auch neu zugezogene Familien hätten zunehmend Mühe, für ihre Kinder eine Kinderärztin oder einen Kinderarzt zu finden.

Aufgrund dieser Tatsachen und gestützt auf Artikel 131 der Geschäftsordnung des Landrats (GO; RB 2.3121) ersucht Landrat Toni Gamma den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen.

### II. Zu den gestellten Fragen

1. *Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuelle Situation bezüglich der medizinischen und hausärztlichen Grundversorgung im Kanton Uri?*

Uri hat schweizweit eine der tiefsten Ärztedichten pro 1'000 Einwohner. So wies der Kanton Uri im Jahr 2013 die geringste Ärztedichte aller Kantone auf<sup>1</sup>. Was aber weit mehr Sorgen bereitet, ist die Tatsache, dass die Ärztedichte seit dem Jahr 2000 in nur sechs Kantonen abgenommen hat. In fünf dieser Kantone betrug die Abnahme weniger als zehn Indexpunkte. Das Schlusslicht bildet leider der Kanton Uri mit einer Abnahme der Ärztedichte um 25

---

<sup>1</sup> Bundesamt für Statistik: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/14/03/03/key/01.html>

Indexpunkte<sup>2</sup>.

Zudem haben die in Uri praktizierenden Ärztinnen und Ärzte - verglichen mit anderen Regionen in der Schweiz - eine hohe Altersstruktur. Von insgesamt 34 in Uri praktizierenden Ärztinnen und Ärzten sind 26 Grundversorger (Hausarztmedizin, Gynäkologie, Kinderheilkunde). Davon erreicht in den nächsten zehn Jahren rund die Hälfte das Pensionsalter. Hinzu kommt, dass in Uri die Hausärztinnen und Hausärzte einen überdurchschnittlich grossen Anteil an der ambulanten medizinischen Versorgung der Bevölkerung leisten, da in den meisten Fachgebieten keine Spezialärztinnen oder Spezialärzte in Uri praktizieren.

Die medizinische und ärztliche Grundversorgung, zu der auch der ärztliche Notfalldienst zählt, kann in Uri zwar zurzeit noch gewährleistet werden. Doch es braucht wirksame und nachhaltige Massnahmen, um die Versorgung auch künftig sicherstellen zu können.

*2. Was wurde seitens Regierungsrat bisher unternommen, um die medizinische Grundversorgung sowie die Hausarztmedizin im Kanton Uri zu optimieren, damit diese auch in Zukunft flächendeckend gewährleistet werden können?*

Der Kanton hat in wesentlichen Bereichen der Förderung der hausärztlichen Grundversorgung keine direkten Einflussmöglichkeiten (z. B. Zulassung zum Medizinstudium, Änderung der Tarifstruktur TARMED, Höhe der Leistungsabgeltung usw.). Da, wo jedoch auf kantonaler Ebene Handlungsspielraum besteht, wurden bereits verschiedene Massnahmen zum Erhalt und zur Förderung der medizinischen Grundversorgung durch Hausärztinnen und Hausärzte getroffen. Es sind dies hauptsächlich:

- Lancierung und Mitfinanzierung des kantonalen Programms für die ärztliche Praxisassistenten (inklusive Kinderheilkunde in Zusammenarbeit mit dem Kinderspital Luzern);
- Unterstützung bei der Wiederbesetzung der Arztpraxen in Göschenen und Andermatt;
- Ansiedlung einer Psychiatriepraxis in Altdorf;
- Initiierung und Finanzierung des Fachberichts "Künftige Organisationsmöglichkeiten für den ärztlichen Notfalldienst in Uri"<sup>3</sup>;
- Mitarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK).

Zudem hat der Kanton im September 2013 das Projekt "Gesundheitsnetzwerk Uri" lanciert.

<sup>2</sup> Bundesamt für Statistik: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/14/03/03/key/01.html>

<sup>3</sup> [http://www.ur.ch/dl.php/de/52a6dd9e8ce44/Schlussbericht\\_arztlicher\\_Notfalldienst.pdf](http://www.ur.ch/dl.php/de/52a6dd9e8ce44/Schlussbericht_arztlicher_Notfalldienst.pdf)

Das "Gesundheitsnetzwerk Uri" ist als Dachprojekt konzipiert. Daraus sollen verschiedene eigenständige Teilprojekte für zukunftsgerichtete und nachhaltige Massnahmen zur Förderung und Erhaltung der medizinischen Grundversorgung durch Hausärztinnen und Hausärzten entwickelt und initiiert werden. Ein Teilprojekt ist "uriMed - junges Ärztenetzwerk Uri". Dieses will junge Urnerinnen und Urner während des Medizinstudiums und während der anschliessenden Assistenzzeit begleiten und unterstützen. Es sollen nützliche Kontakte hergestellt und fachspezifische Informationen vermittelt werden. Das Ziel ist, die angehenden Ärztinnen und Ärzte dazu zu motivieren, später einmal im Kanton Uri zu praktizieren.

Bei der Förderung der medizinischen Grundversorgung sind neben dem Kanton auch die Gemeinden stark gefordert. So haben sich in den vergangenen Jahren bereits verschiedene Urner Gemeinden für die Hausarztmedizin eingesetzt. Ihr Engagement reicht von der wichtigen Koordination der verschiedenen Akteure über die Unterstützung bei der Suche von Praxisnachfolgern bis hin zur Bereitstellung von geeigneten Praxisräumlichkeiten. Dies ist ganz im Sinne der gemeinsamen verfassungsmässigen Aufgabe, wonach der Kanton und die Gemeinden die Voraussetzungen für die medizinische Versorgung der Bevölkerung zu schaffen haben (Art. 45 Abs. 1 Verfassung des Kantons Uri; RB 1.1101).

*3. Welchen Beitrag leistet der Kanton Uri, dass die medizinische Grundversorgung und die Hausarztmedizin langfristig, vor allem für die ländlichen Regionen wie zum Beispiel für das Urner Oberland oder das Urserntal, gewährleistet sein wird, und welche konkreten Massnahmen sind dazu geplant?*

Die langfristige Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung erfordert grundsätzlich ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen von Bund, Kantonen, Gemeinden und privaten Akteuren. Denn wie bereits oben erwähnt, fehlt dem Regierungsrat bei zahlreichen wichtigen Anliegen der Hausärzteschaft die Rechtsgrundlage bzw. der notwendige Handlungsspielraum.

Der Regierungsrat anerkennt jedoch, dass:

- die Sicherstellung einer flächendeckenden, bedarfsgerechten und wohnortnahen medizinischen Grundversorgung der Bevölkerung ein zentrales gesundheitspolitisches Anliegen ist;
- angesichts der demographischen Alterung der Bevölkerung und der unterschiedlichen Versorgungssituation von Ballungsräumen und ländlichen Regionen gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht;
- neue Instrumente im kantonalen Recht geschaffen werden müssen, die es dem Kanton

und den Gemeinden ermöglichen, mittels Förder- und Anreizsystemen einer Unterversorgung entgegenzuwirken bzw. die Grundversorgung zu erhalten und gezielt zu verbessern.

Vor diesem Hintergrund sowie zur Umsetzung von Artikel 117a der Bundesverfassung und der erheblich erklärten Motion von Landrat Dr. Toni Moser, Bürglen, vom 8. April 2009 hat der Regierungsrat beschlossen, eine Gesetzesvorlage zur Förderung der medizinischen Grundversorgung zu erarbeiten. Die Vernehmlassung dazu soll in den nächsten Wochen starten. Es ist vorgesehen, die Vorlage dem Landrat im Sommer 2015 zu unterbreiten.

Die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung des Urner Oberlands und des Urserntals ist für die Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion (GSUD) seit längerer Zeit eine Aufgabe, die viel Zeit und Ressourcen in Anspruch nimmt. Wie bereits erwähnt, leistete die GSUD zusammen mit den Gemeinden vielfältige Unterstützung bei der Wiederbesetzung der Arztpraxen in Andermatt und Göschenen. Neben zahlreichen Gesprächen mit den beteiligten Akteuren (Gemeinden, Ärztinnen und Ärzte, Ärztegesellschaft Uri, Korporation Ursern, Kantonsspital Uri, Tourismusresort Andermatt, Armee, Betagten- und Pflegeheim Ursern usw.) übernimmt die GSUD vor allem auch Koordinations- und Vermittlungsaufgaben. Besonders erwähnenswert ist hier die gute Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Schliesslich verweist der Regierungsrat auch auf die Beantwortung vom 10. Februar 2015 der Kleinen Anfrage Frieda Steffen, Andermatt, zum hausärztlichen Notfalldienst im Urner Oberland.

*4. Ist der Regierungsrat gewillt, auch neue und innovative Formen zur Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung und zur Hausarztmedizin zu prüfen und zu realisieren? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?*

Ja, der Regierungsrat will auch neue Wege zur Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung beschreiten. Im Rahmen des Projekts "Gesundheitsnetzwerk Uri" sollen neue und innovative Modelle zur Unterstützung der medizinischen Grundversorgung und der Hausarztmedizin umgesetzt werden. Konkret soll im Urserntal ein ANP-Modell (Advanced Nursing Practice) umgesetzt werden. Pflegeexpertinnen APN sind fähig, in unterschiedlichsten Settings vertiefte und erweiterte Rollen zu übernehmen und diese in eigener Verantwortung im interprofessionellen Team auszufüllen. Weiter soll im Urner Unterland ein Modell geprüft werden, bei dem die medizinischen Praxisassistentinnen einer Arztpraxis gewisse Tätigkeiten selbstständig erbringen dürfen und diese Tätigkeiten durch die Ärztin oder den Arzt auch verrechnet werden können. Wenn sich diese Pilotprojekte bewähren, sollen sie auf andere Regionen ausgeweitet werden.

Zudem wird die Einführung eines elektronischen Patientendossiers im Kanton Uri geprüft. Thema ist eine allfällige Implementierung von Telemedizin-Leistungen (Austausch von medizinischen Informationen mittels Informations- und Kommunikationstechnologien).

Damit solche und ähnliche innovative Modelle und Projekte zur Förderung der medizinischen Grundversorgung künftig auch finanziell unterstützt werden können, ist die vorgängig erwähnte Schaffung einer kantonalen Rechtsgrundlage erforderlich.

5. *Mit welchen Massnahmen wird sichergestellt, dass die medizinische Notfallversorgung im Urserntal bei gesperrter Gotthardstrasse zwischen Andermatt und Göschenen (Schöllenen) sowie bei sehr schlechten Wetterbedingungen jederzeit garantiert sein wird?*

Die beschriebene Situation, bei der ein rettungsdienstlicher Transport weder auf der Strasse noch mit der Bahn (Schöllenen, Oberalp und Furka) oder mit dem Helikopter möglich ist, kommt glücklicherweise äusserst selten vor. In den Sommermonaten wäre alternativ auch ein Patiententransport über eine der Passstrassen möglich. Wäre jedoch auch das nicht möglich, so müsste die medizinische Notfallversorgung mit den vor Ort bestehenden Mitteln bestmöglich gewährleistet werden. Es sind dies namentlich der in Andermatt praktizierende Hausarzt, die militärische Ambulanz, die First Responder sowie die Pflegefachpersonen der Talschaft.

Mitteilung an Mitglieder des Landrats (mit Text der Kleinen Anfrage); Mitglieder des Regierungsrats; Rathauspresse; Standeskanzlei; Amt für Gesundheit; Direktionssekretariat Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion und Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion.

Im Auftrag des Regierungsrats  
Standeskanzlei Uri  
Der Kanzleidirektor

